

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Job-Ticket ausweiten – Gewerbegebiete besser anbinden: Den Umstieg auf Bus und Bahn für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer attraktiver machen!

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Der Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 24.08.2018 auf Drucksache 19/833 S wird wie folgt geändert:

Der Beschlusstext wird ersetzt durch folgende Formulierung:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. die Anbindung der peripheren Gewerbegebiete „Hansalinie“, „GVZ“, „BIP“ und „Bremer Kreuz“ an den ÖPNV so zu verbessern, dass für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein echter Anreiz zum Umstieg auf den ÖPNV entsteht. Zur Detailplanung von bedarfsgerechten Angeboten sollen bei den Beschäftigten und Unternehmen Erhebungen und Befragungen durchgeführt werden. Die Planung ist mit dem VBN und ZVBN und mit den Nachbargemeinden abzustimmen;
2. die ÖPNV-Tarife in der Verbindung mit der Angebotsanpassung dahingehend zu optimieren, dass in den nächsten 10 Jahren mindestens 10 Prozent mehr Menschen als heute in Bremen und um zu die Angebote des ÖPNV nutzen. Hier sind verbundweite Modelle zu entwickeln und deren räumliche und verkehrliche Wirkung, auch unter Berücksichtigung neuer Wohngebiete, sowie die Auswirkungen auf die Erträge der ÖPNV-Unternehmen im Allgemeinen und der BSAG im Besonderen unter Berücksichtigung der Ausgleichszahlungen durch die ÖPNV-Auftraggeber darzustellen;
3. mit der BSAG und dem VBN in Gespräche darüber einzutreten, wie die bisher bestehende Beschränkung der Ausgabe von „Job-Tickets“ auf einen oder maximal drei kooperierende Arbeitgeber mit mindesten 50 teilnehmenden Beschäftigten so verändert werden kann, dass zumindest die Begrenzung von Arbeitgeberkooperationen entfällt und darüber hinaus ggf. die Mindestteilnehmerzahl gesenkt werden kann. Die finanziellen Auswirkungen sind darzustellen;

4. in diesen Gesprächen auch zu erörtern, ob und wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auch durch andere Großkundenmodelle jenseits des direkten Arbeitgebers, wie beispielsweise durch eine entsprechende Abwicklung über Kammern oder Gewerkschaften, in den Genuss der mengenrabattierten Tickets kommen können und ob dadurch möglicherweise eine Preissenkung für das JobTicket zu realisieren ist;
5. über die Ergebnisse seiner Bemühungen zeitnah, spätestens jedoch zum 31. März 2019 in der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr und Landwirtschaft zu berichten und hierzu ergänzend einen Zwischenbericht vorzulegen.

Begründung:

Als Großstadt muss Bremen auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein vielfältiges Mobilitätsangebot machen. Insbesondere der ÖPNV ist in der Nähe von Gewerbegebieten ausbaufähig. Dieses Defizit ist hinlänglich diskutiert worden und bedarf deshalb keiner Prüfung und konzeptionellen Aufarbeitung, sondern einer schnellen Umsetzung. Neben der besseren Erreichbarkeit muss bei einer optimierten Bedarfsplanung an neue Wohngebiete gedacht werden.

Heiko Strohmann, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU